

A n t w o r t

der Landesregierung

auf die Zusatzfrage des Abgeordneten Kemmerich (FDP) zur Mündlichen Anfrage des Abgeordneten Kemmerich (FDP)
- Drucksache 7/8672 -
gemäß § 91 Abs. 4 GO

Digitales Archiv des Freistaats Thüringen - Zehn Jahre Entwicklungskosten verschwendet?

Die **Thüringer Staatskanzlei** hat die in der 117. Plenarsitzung am 17. September 2023 gestellte Zusatzfrage zur Mündlichen Anfrage namens der Landesregierung gemäß § 91 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags mit Schreiben vom 28. September 2023 wie folgt beantwortet:

Welche Gesamtkosten verursacht die Einführung des DIMAG-Systems bis einschließlich der Inbetriebnahme in 2026?

Antwort:

Das LATH wird, um dem DIMAG-Verbund beizutreten, einen Kooperationsvertrag zur gegenseitigen Unterstützung bei der dauerhaften Sicherung digitalen Archivgutes unterzeichnen. Demnach verpflichtet sich das LATH zur aktiven Weiterentwicklung, Pflege und Wartung der Software DIMAG. Thüringen stellt für diese Aufgabe zunächst entsprechend der vertraglichen Vereinbarung pro Jahr 0,5 VZÄ an Sachmitteln und 0,17 VZÄ an Personaleinsatz als Mitglied im DIMAG-Verbund zur Verfügung.

Die Personalkosten in Höhe von 0,17 VZÄ betreffen bereits vorhandenes Personal des Landesarchivs. Für 2023 sind für die Aufgabe Digitales Archiv und Fach IT im Landesarchiv systemunabhängig 235.914,92 Euro für Personalkosten vorgesehen und für 2024 234.842,17 Euro.

Für die 0,5 VZÄ an Sachmitteln für die Jahre 2023 und 2024 sind auf Grundlage des Stundenansatzes in der hessischen Personalkostentabelle insgesamt 70.884 Euro zu leisten. Da sich die Höhe der Kosten anhand der Personalkostenstelle errechnet, die einmal jährlich im hessischen Staatsanzeiger veröffentlicht wird, kann für 2025 und 2026 noch keine feste Größe angegeben werden. Vereinbarungsgemäß erfolgt keine Beteiligung an den bisherigen Entwicklungskosten des Produktes.

Im Haushaltsplan für 2024 sind im Einzelplan 16 unter der Titelgruppe 75 für die Aufgabe digitales Magazin systemunabhängig insgesamt 126.500 Euro eingeplant.

Für die Folgejahre sind für diese Pflichtaufgabe, welche Personalkosten, Ausstattungsbedarfe, Dienstleistungen und sächliche ebenfalls Verwaltungsaufgaben auslösen, systemunabhängig folgende Mittel eingeplant:

2025: 250.000 Euro
2026: 280.000 Euro

Kosten, welche verursachungsbedingt durch die Einführung von DIMAG beim Landesrechenzentrum entstehen, können derzeit noch nicht beziffert werden.

Prof. Dr. Hoff
Minister